

Newsnet / Berner Zeitung – 10. Mai 2020
Finanzpolitik in der Krise

Stützungsmaßnahmen reissen riesiges Loch in die Bundeskasse

Der Bund hat ein beispielloses Hilfspaket gegen die Wirtschaftskrise geschnürt. Wer bezahlt die Rechnung?

[Wer soll die Rechnung für das Milliarden-Paket des Bundes bezahlen? Bundesrat Ueli Maurer steht als Finanzminister vor schwierigen Auseinandersetzungen.](#)

Foto: Urs Lindt/Freshfocus

Über 1,9 Millionen Angestellte stecken in Kurzarbeit. Das sind 37 Prozent aller Beschäftigten. Trotzdem steigt die Arbeitslosigkeit rasch. Im April erreichte sie gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) 3,3 Prozent. Hält der Trend an, wird sie im Herbst auf 4,8 Prozent steigen, erwartet der Basler Arbeitsmarktökonom **George Sheldon** aufgrund seines Frühindikators.

Gemäss Nationalbank-Chef Thomas Jordan «müssen wir mit dem grössten Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg beziehungsweise seit der Grossen Depression der 1930er-Jahre rechnen». Rasches und entschiedenes Handeln der Politik war deshalb gefordert. Und sie hat geliefert. Bis heute haben Bundesrat und Parlament ein Massnahmenpaket in Höhe von über 57 Milliarden Franken zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Krise beschlossen. Noch nie hat das Parlament in so kurzer Zeit so viel Geld ausgegeben.

Und es kommt noch mehr. Die Arbeitslosenversicherung (ALV) werde im laufenden Jahr bis zu 35 Milliarden Franken zusätzlich benötigen, warnte Finanzminister Ueli Maurer. Die Kurzarbeit wirkt wie ein riesiges Konjunkturprogramm.

Die Schweiz gehört zu den Top 20

Das Gesamtpaket des Bundes erreicht damit bereits die Grössenordnung von 100 Milliarden Franken. Im internationalen Vergleich gehört die Schweiz zu den Ländern mit den grössten staatlichen Stützungsmaßnahmen gemessen an der Grösse der Volkswirtschaft. Sie belegt den 18. Rang von 166 untersuchten Ländern, wie eine Untersuchung des Ökonomen Ceyhun Elgin von der Columbia-Universität zeigt.

Das enorme Ausmass wird offensichtlich, wenn man es mit den ordentlichen Bundesfinanzen vergleicht. Im letzten Jahr nahm der Bund insgesamt 74,5 Milliarden Franken ein und gab 71,4 aus. Die Corona-Massnahmen des Bundes kosten mehr als alle Ausgaben für Militär und Landwirtschaft der letzten zehn Jahre zusammen. Über die letzten 15 Jahre ist es dank der Schuldenbremse gelungen, die Bundesschulden um über 33 Milliarden Franken abzubauen. Das wurde innerhalb weniger Wochen vollständig rückgängig gemacht.

Auch im historischen Vergleich zeigen sich die enormen Dimensionen. Die Defizitquote, der Fehlbetrag des Bundes im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP), steigt im laufenden Jahr auf schätzungsweise 3,2 Prozent. Dieser Wert wurde bisher einzig während des Ersten und des Zweiten Weltkriegs übertroffen. Auch der zu erwartende Anstieg der Schuldenquote – die Verschuldung in Prozent des BIP – ist im historischen Vergleich bedeutend. Seit dem Ende des 2. Weltkriegs gab es kein Jahr, das einen so starken Schuldenanstieg verzeichnete wie 2020. Das zeigen Berechnungen von Christoph Schaltegger und Thomas Studer von der Universität Luzern aufgrund der Daten des Eidgenössischen Finanzdepartements und der Wachstumsprognosen des Seco. Die beiden Ökonomen schreiben an einem Buch über die Bundesfinanzen seit 1849.

Dabei ist unklar, wie lange die Corona-Krise dauern wird und wie rasch die Erholung kommt. Sicher ist, dass auch die Einnahmen des Bundes deutlich sinken werden. Der Rückgang des Konsums führt sofort zu Einbussen bei den Mehrwertsteuereinnahmen. Mit Verzögerung werden die steigende Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit auch die Einkommenssteuern senken, Konkurse und tiefere Gewinne der Unternehmen werden die Unternehmenssteuern reduzieren. Die Steuerausfälle für den Bund werden auf 6 bis 8 Milliarden Franken geschätzt, wie die Tamedia-Zeitungen gestern berichteten.

Bis jetzt war das vordringliche Ziel «flatten the curve», die Kurve der Covid-Ansteckungen zu verflachen. Bald gilt es, die steilen Ausgabenkurven abzuflachen. Selbst bei einer raschen Erholung wären die gemäss Finanzplanung vorgesehenen Mehrausgaben in den nächsten Jahren nicht mehr finanzierbar, warnt Christoph Schaltegger.

Das Solidaritätsprozent wird nicht abgeschafft

Es wird deshalb Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, wer die Rechnung bezahlen soll. Wer stopft die Löcher bei der Arbeitslosenversicherung? Der Lohnabzug beträgt 2,2 Prozent. 2011 wurde ein Solidaritätsprozent draufgeschlagen, um die ALV zu sanieren. Es wird bei Jahreslöhnen erhoben, die über 148'200 Franken liegen. Vor der Corona-Krise war geplant, den Zusatzbeitrag auf Anfang nächsten Jahres abzuschaffen. Dazu wird es nun nicht kommen. Eine zusätzliche Belastung der Lohnkosten ist aber in einer schweren Rezession nicht angezeigt. Das könnte dazu führen, dass das Problem über zusätzliche Verschuldung in die Zukunft verschoben wird.

Auch eine neue Krisensteuer oder höhere Unternehmenssteuern würden die Wirtschaft in einer Rezession zusätzlich belasten und dürften es politisch schwer haben. Die linken Parteien liebäugeln mit einer neuen Vermögenssteuer für Reiche. Die Erfahrungen damit sind allerdings nicht sehr gut, die Erträge sind oft bescheiden. Verschiedene Länder, zum Beispiel Schweden, haben sie deshalb abgeschafft. Für den Fiskus lohnend ist der Mittelstand, der wenig mobil ist. Der politische Widerstand gegen Steuererhöhungen dürfte hier aber am grössten sein.

Sparprogramme haben in Krisenzeiten bessere Chancen

Die Möglichkeiten für Ausgabenkürzungen sind begrenzt, weil etwa zwei Drittel der Bundesaufgaben gesetzlich gebunden sind. Sparen könnte man deshalb im Wesentlichen nur bei der Landwirtschaft, bei Bildung und Forschung, Entwicklungshilfe und dem Militär. Da sind heftige Verteilungskämpfe programmiert. Wie die Geschichte zeigt, haben Sparprogramme nach Wirtschaftskrisen aber bessere Chancen, politisch verwirklicht zu werden.

Am wahrscheinlichsten scheint der Ausweg über zusätzliche Verschuldung und ein Hinausschieben der Rückzahlungen. Dank der geringen Verschuldung hat der Bund beträchtlichen Spielraum, zudem kann er bei der Ausgabe von Bundesobligationen sogar einen Negativzins einstreichen, statt Zinsen zu zahlen. Wie man bei der Reform der Altersvorsorge gesehen hat, ist es politisch einfacher, die Lasten auf zukünftige Generationen zu verschieben, als die aktiven Wähler zu belasten.

Publiziert heute um 06:00 Uhr